Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Dienstag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark, monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen: „Der kommunistische Gemeinschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Fernsprecher: 17 250. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: täglich nachmittags von 4—5 Uhr. Sonnabends von 4—5 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 553 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreise: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigen, 20 Goldpfennige für die Reklamezeile auf Seite 6 der Reichsausgabe und Seite 4 der Bezirksausgabe ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dienstag, 2. Juni 1925 | Nummer 41

Verschacherung der sozialdemokratischen Arbeiter an die Deutschnationalen

Das „Acht-Uhr-Abendblatt" meldet:

„Einheitsfront von Hergt bis Braun"

Ueberparteiliches Kabinett der Verfassungstreuen.

Ein Schritt des Zentrums. — Marx Ministerpräsident?

Berlin, 30. Mai.

Noch im Verlauf der allerletzten Tage, einschließlich des heutigen Tages, fanden Parteiführerbesprechungen der Fraktionen des Preußenhauses über die Umbildung der preußischen Regierung statt. Die Verhandlungsinitiative liegt beim Zentrum. Bezeichnend für die Einstellung des Zentrums ist die Wahl seiner Unterhändler. Es sind die scharf auf dem rechten Flügel der Preußenfraktion des Zentrums stehenden Abgeordneten Dr. Hermes, der frühere Reichsernährungsminister Herold, der Führer der agrarischen Zentrumsmitglieder des Reichstages und des Landtages, und der Abgeordnete Dr. Hey, der als Bindeglied zwischen dem rechten und dem linken Flügel des Zentrums gelten kann.

Die Verhandlungen des Zentrums fanden in erster Linie mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen statt. Dabei hielten die Vertrauensleute des Zentrums ständig auch die Sozialdemokraten über den Fortgang der Verhandlungen auf dem Laufenden. Die Situation hat sich heute zum Kampf um die Persönlichkeit Severings zugespitzt. Nach den jetzt herausgeschälten Plänen glauben die Unterhändler des Zentrums an die Möglichkeit einer Regierungserweiterung nach rechts, und zwar soll die künftige preußische Regierung aus zwei Sozialdemokraten, zwei Zentrumsvertretern, zwei Deutschnationalen, einem Mitglied der Deutschen Volkspartei und einer Persönlichkeit bestehen, auf die sich die Demokraten und die Wirtschaftspartei zu einigen hätten.

Die Verteilung der zur Verfügung stehenden acht preußischen Ministersitze soll also entsprechend der Fraktionsstärke erfolgen. Damit kommt zum Ausdruck, daß die künftige Preußenregierung ein überparteiliches Kabinett aller verfassungstreuen Parteien sein soll. Ausgeschlossen bleiben nur die Völkischen, die ja im Preußenhause nicht über Fraktionsstärke verfügen, und die Kommunisten. Der Minister, auf den sich die Demokraten und die Wirtschaftspartei mit Leichtigkeit einigen würden, ist voraussichtlich der der demokratischen Fraktion angehörende gegenwärtige Finanzminister Höpker-Aschoff. Er ist die einzige Persönlichkeit, deren Zugehörigkeit zur künftigen Preußenregierung als feststehend betrachtet werden muß. Die Personenfragen sind im Verlauf der Verhandlungen sehr stark diskutiert worden, konnten aber noch nicht geklärt werden, weil die Sozialdemokraten sich bis jetzt weder von Braun noch von Severing trennen wollen. Die Deutschnationalen erwarten aber wenigstens den Verzicht der Sozialdemokraten auf den bisherigen Innenminister Severing, damit es ihnen vor ihren Wählern nicht unmöglich gemacht wird, in die große Preußenfront einzuschwenken.

Als Ministerpräsident soll auch nicht der gegenwärtige Ministerpräsident Otto Braun in Frage kommen. Das Zentrum glaubt vielmehr, nochmals auf den so oft gescheiterten Kandidaten für die preußische Ministerpräsidentschaft, den früheren Reichskanzler Dr. Marx, zurückgreifen zu können. Die Regierungsmitglieder, die von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei entlandt werden können, werden voraussichtlich dem Reichstag oder Landtag nicht angehören, sondern Nichtparlamentarier sein. Beide Fraktionen glauben, auf diesem Wege eine leichtere Umstellung ihrer Wählerschaft auf die veränderte Situation herbeiführen zu können. Sollte eine Einigung der Fraktionen in der angedeuteten Richtung nach Pfingsten nicht erzielt werden können, dann ist spätestens im Herbst mit preußischen Neuwahlen zu rechnen."

•

Das, was geiternd von der monarchistischen „Nachtausgabe" des „Tag" als ein politisches Ziel nach den Pfingsten bezeichnet wurde, bestätigt das „Acht-Uhr-Abendblatt" als eine Tatsache, in der die Verhandlungen, der Schacher schon längst begonnen hat.

Das Interessanteste an diesem übelsten aller bisher erlebten Schachergeschäfte ist, daß in den Reichsbannerparteien, im Zentrum und auch bei den Demokraten die reaktionären, großagrarischen und großkapitalistischen Elemente nunmehr vollkommen Oberwasser haben. Diese Entwicklung in diesen Parteien ist auch ganz natürlich, handelt es sich doch darum, den denkbar reaktionärsten Kurs in der werdenden Hindenburg-Aushungerungsfront einzuschlagen. Die Sozialdemokratie, die barmatisierten Ehrenmänner, die diese Handelsgeschäfte zu bewerkstelligen haben, werden auf die unverschämtesten Forderungen der Junker und Industrieritter eingehen. Das Prestige der Deutschnationalen fordert, daß Severing geopfert werden muß. Das fordert die Anhängerschaft der Monarchisten. Wie könnte ein Deutschnationaler auch in eine Regierung gehen, in der noch der Geruch der Stinkbomben ihres ehemaligen Scheinkampfes fühlbar ist? Und die Sozialdemokraten? Nun, sie werden opfern. Die Deutschnationalen kommandieren: Fort mit Braun! Braun, dieser Braun wagte es sogar, sich zu Eberts Nachfolger erklären zu lassen. Fort mit ihm in die Wolfsschlucht. Alles das brauchen die Deutschnationalen, um ihrem kleinbürgerlichen nationalistischen Anhang, ihren Sieg über den zahlaten Marxismus im hellen Lichte leuchten zu lassen. Und die Sozialdemokraten? Sie opfern! Sie opfern! Sie opfern, aber — und das ist das Entscheidende — nicht ihre korrupten, zu allen Schandtaten gegen das Proletariat bereiten Führer, sondern sie opfern die Interessen der deutschen Arbeiterklasse, um Ministersessel einzutauschen.

Sachsen und Oesterreich

— ein Kapitel zum Nachdenken für denkfähige sozialdemokratische Arbeiter

Von Ruth Fischer.

Sachsen galt seit vielen Jahren als „rotes Königreich". In diesem selben „roten Sachsen" hat Hindenburg die absolute Stimmenmehrheit bekommen.

In Sachsen, wo im Landtag die Sozialdemokraten mit den Kommunisten die Mehrheit haben, herrscht der Bürgerblock. Zu diesem Bürgerblock gehören im Landtag 23 Sozialdemokraten. Dieser Bürgerblock hat eben eine deutschnationale-volksparteiliche Gemeindeordnung mit tätigster Hilfe der 23 monarchistisch-schwarz-weiß-roten Sozialdemokraten, der Vertrauensleute des Berliner Parteivorstandes, durchgedrückt.

Sachsen ist eine schwarz-weiß-rote Provinz des deutschen Monarchismus geworden, und die Sozialdemokraten haben das sächsische Proletariat diese Bahn geführt.

Nun gibt es Demagogen, welche erklären, an dieser Entwicklung seien die Kommunisten „schuld", die das Proletariat „durch Spaltungen zersplittert" hätten.

Zwar dürfte ein denkender Arbeiter auf diesen Unsinn nicht hereinfallen. Aber da, leider, viele sozialdemokratische Arbeiter erst jetzt zu denken anfangen, wo ihnen mit Hindenburg, dem durchgefallenen Marx, dem sächsischen Parteiskandal und so manchem anderen gar zu starker Tabak vorgesetzt wird, so wird es gut sein, sie auf ein anderes „rotes" Land aufmerksam zu machen, wo die Kommunisten so schwach, leider, noch sind, daß ihnen selbst der abgebrühteste Demagoge keine „Zersplitterung" vorwerfen kann, und wo trotzdem die Sozialdemokratie genau die gleichen „Erfolge" erzielt hat, wie in Sachsen.

Dieses gesegnete Land ist Oesterreich.

In Oesterreich leben etwa sechs Millionen Menschen. Von diesen 6 Millionen, zu denen Kinder, Greise, Frauen, Landbevölkerung usw. gehören, wird 1 Million direkt durch die vorzüglich organisierte österreichische Sozialdemokratie beeinflußt. Die Partei zählt über 500 000 Mitglieder; mit den Gewerkschaften zusammen, die ganz in der Hand der Sozialdemokratie sind, beeinflußt sie, wie ihre Statistiken besagen, ungefähr eine Million erwachsener Menschen.

Man sollte denken, daß gegen diese kolossale Macht keine Kraft in Oesterreich denkbar ist.

Aber weit gefehlt! In Oesterreich herrscht eine christlich-faschistische Regierung. Das ist das „Resultat" der glorreichen „Politik" der „klugen" österreichischen „Sozialisten".

Erst dieser Tage wurde man durch zwei Vorfälle wieder auf dieses schöne „sozialistische" Paradies aufmerksam gemacht.

Die „Sanierung" Oesterreichs durch den Völkerbund ist pleite — diese Sanierung war das Prunkstück der „Politik" der Bauer und Renner — und die großen und kleinen imperialistischen Räuber gehen daran, Oesterreich unter sich aufzuteilen, wie reißende Wölfe ein wehrloses Lamm unter sich aufteilen. Das ist der erste Vorfall.

Der zweite ist dieser: am hellichten Tage wurde im Städtchen Mödling der sozialdemokratische Bürgermeister Müller von paradierenden, bewaffneten (versteht sich) Faschisten — Hakenkreuzlern natürlich — viehisch ermordet.

Beide Vorfälle sind eine glänzende Beleuchtung der „Erfolge" des „konstruktiven Sozialismus".

Man darf nämlich nicht vergessen, daß 1918, als die Habsburger Monarchie zusammenstürzte, die Sozialdemokraten allmächtig waren.

Sie besaßen ein Heer, das lediglich aus organisierten Arbeitern bestand.

Heute hat dieses Heer lauter monarchistische Offiziere, und der Wehrminister Vaugoin ist ein offener Faschist.

Riesendemonstration des „Roten Jungsturm"

Hamburg, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der von der kommunistischen Jugend einberufene Rote Jugendtag in Itzehoe wurde zu einer gewaltigen Demonstration. Mehrere Tausend Jugendliche, auch viele erwachsene Proletarier aus Hamburg-Altona und Umgebung, marschierten auf. Ueber 50 Fahnen wurden im Zuge gezählt. Die Jugend erhielt von der russischen kommunistischen Jugend eine rote Fahne überreicht.

Massenaufmarsch des Thüringer Proletariats

Eisleben, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am 1. und 2. Pfingstfeiertag hatte das mitteldeutsche Proletariat zu einem Roten Thomas-Münzer-Tag und zu einem Roten Jungsturmtag aufgerufen. Ueber 15000 Teilnehmer aus Berlin, Anhalt, Thüringen und Sachsen waren aufmarschiert. Der Vorbeimarsch der Demonstranten dauerte über eine Stunde. 144 Fahnen, 33 Transparente und 9 Spielmannszüge wurden gezählt. Am Pfingstmontag zum Roten Jugendtag demonstrierten mehrere Tausend Jugendliche auf dem Marktplatz, wo ein Jugendvertreter von Rhein-Ruhr und Genosse Kilian sprachen.

Pfingstaufmarsch der kommunistischen Jugend in Frankfurt a. d. O.

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Vom 30. Mai bis 1. Juni fand in Frankfurt an der Oder ein Jugendtag der Kommunistischen Jugend statt. Rund 2000 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aus Berlin, Frankfurt, Senftenberg usw. marschierten auf, ebenso der Rote Jungsturm. Nach Demonstration, Kundgebung, Fackelzug usw. in Frankfurt marschierten die Jugendlichen nach dem 14 Kilometer entfernten Müllrose. Provozierende, von Schupo unterstützte Faschisten wurden gebührend zur Ruhe gebracht.

Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot

Swinemünde, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Unter Führung des Herrn von Puttkammer hatte das Reichsbanner in den Feiertagen seine Mannen von Berlin-Brandenburg, Pommern und Umgebung nach Swinemünde zusammengetrommelt. Die „Welt am Montag" meldet: „In der Stadt überwogen leider die schwarz-weiß-roten Fahnen." Am Kurhaus und der Strandpromenade kam es zu mehreren Prügeleien und einer Reihe Verwundungen, so daß beide Straßen für die Völkischen und für das Reichsbanner gesperrt wurden. Die Kurkapelle spielte das Lied: „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot".

Entlarvte Bolschewistenhetze

Berlin, 30. Mai. Die „Voßische Zeitung" schreibt heute abend unter der Ueberschrift „Antibolschewistische Dokumentenfälscher in Berlin": „Vor ungefähr vier Wochen hatte eine rechtsradikale Berliner Zeitung einen Bericht ihres „ständigen Vertreters in Bulgarien" veröffentlicht mit angeblich echten Dokumenten über die verschwörerische Tätigkeit der Kommunistischen Internationale in Bulgarien, der, wie die „Rote Fahne" feststellte, die wörtliche Uebersetzung eines Artikels der Londoner „Times" war. Die „Rote Fahne" behauptete weiter, daß dieser „Times"-Artikel auf Angaben einer Berliner Fälscherzentrale beruhe, und nannte als Leiter dieser Zentrale zwei Russen, Drushelowski und Gumanski, die zusammen mit anderen Agenten Dokumente gegen Rußland fälschten, aber auch Spionage gegen Deutschland trieben. Die „Rote Fahne" belegte ihre Behauptungen mit bis ins Einzelne gehenden Angaben und brachte schließlich auch Abbildungen von gefälschten Dokumenten. Drushelowski wurde verhaftet, es schwebt gegen ihn eine Untersuchung.

In Moskau wird, wie uns unser Moskauer Berichterstatter meldet, die Verhaftung des Drushelowski als ein Beweis dafür betrachtet, daß ein ganzes Netz von Fälschern zur Verfertigung geheimer Dokumente im Ausland existiere."